



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wehrsteuern und die wirtschaftliche Lage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Wehrsteuern und die wirtschaftliche Lage



in starker und andauernder wirtschaftlicher Aufschwung, namentlich wenn er internationaler Art ist, wird schließlich immer zu einer Verteuerung des Geldes und zu einer Überanspannung führen. Daher ist jede Periode einer industriellen Hochkonjunktur mit einer gewissen Pressung des Geldmarktes unweigerlich verbunden.

Diese letztere kann aber eine sehr verschiedene Gestaltung annehmen: es kann entweder ein langsamer Ausgleich eintreten, indem die Verteuerung des Leihgeldes ein allmähliches Einschränken der industriellen Ansprüche erzwingt und ein langsameres Laufen der Maschine herbeiführt, oder es kann bei dem Zusammentreffen ungünstiger Umstände, vor allem bei vorhandener Überspekulation dieser Ausgleich sich auch in gewaltsamen Formen vollziehen und in einer wirtschaftlichen Katastrophe endigen. An der gegenwärtigen Situation auf dem Geldmarkt ist nun das eigentümlich, daß die vorhandenen Geldschwierigkeiten nicht sowohl die Folge der industriellen Entwicklung als die Folge äußerer Umstände, nämlich der schwierigen politischen Lage sind, unter der wir seit Jahr und Tag zu leiden haben. Die Zuspitzung der politischen Verhältnisse hat Deutschland von den ausländischen Geldern entblößt, welche im Betrage von vielen Hunderten von Millionen früher unser Wirtschaftsleben befruchteten und mit denen zu rechnen wir uns nur allzusehr gewöhnt hatten. Die Kriegsfurcht des vergangenen Herbstes hat sodann wieder Hunderte von Millionen baren Geldes in die Truhen und Kisten gebannt, aus welchen Verstecken sie heute noch nicht wieder den Weg zum Markte zurückgefunden haben. Man hat es für übertrieben gehalten, als seinerzeit die Summe des thesaurierten Hartgeldes auf mindestens 400 Millionen Mark geschätzt wurde. In der Zwischenzeit haben aber die Reichsbankausweise des letzten Quartals den ziffermäßigen Beweis dafür erbracht, daß in dieser Zeit dem Institut fast der zehnfache Betrag von Zahlungsmitteln entzogen worden ist als sonst in regulären Zeiten. Und der bekannt gewordene Erlass der Reichsregierung an die einzelnen Bundesstaaten, in welchem die Hilfe der letzteren zur Aufklärung der Bevölkerung und zur strafrechtlichen Verfolgung der Personen erbeten wird, die unter Ausnutzung

der Panik Reichsbanknoten und Papiergeld mit einem Disagio gegen bares Geld aufkaufen, spricht zur Genüge für den Grad der eingetretenen Beunruhigung. Wenn somit die Summen, welche der Volkswirtschaft in Folge der politischen Verhältnisse entzogen worden sind, auf mehr als eine Milliarde Mark zu schätzen sind, so bedeutet das einen Kraftverlust, der auch in ruhigen Zeiten nur schwer überwunden werden kann. Doppelt empfindlich aber muß eine solche Blutentziehung werden, wenn die allgemeine Wirtschaftslage nicht ein ruhiges Erholen und Sammeln gestattet, sondern die äußerste Anspannung der Kräfte fordert. Das aber ist gerade die merkwürdige Erscheinung der jüngsten Zeit gewesen. Trotz alles Kriegslärms und aller Panik hat sich der wirtschaftliche Aufschwung, da er die Folge einer Weltkonjunktur ist, nicht zurückdämmen lassen. Es ist das eine geradezu erstaunliche Tatsache. Wäre der politische Himmel ganz wolkenlos, lebte ganz Europa im tiefsten, unzerstörbaren Völkerfrieden, stände uns Geld in Hülle und Fülle zu Gebote: unsere Bergwerke hätten nicht mehr Kohlen fördern, unsere Hütten nicht fieberhafter arbeiten können, als sie es in dieser politisch so unruhigen und gefährlichen Zeit getan haben. Jeder Monat bringt neue Rekordziffern. Die Beteiligungsquoten im Kohlsyndikat, die man ehemals als unerreichbare Größen auch in günstigsten Zeiten betrachtet hatte, sind längst überschritten; fast 11 Prozent beträgt der Mehrabsatz des Syndikats im Monat Januar! Da ist es denn erklärlich, wenn unter dem Zusammenwirken dieser Umstände, einer Hochkonjunktur von nie erlebter Stärke, und einer geschwächten monetären Position, die Lage des Geldmarktes eine Verfassung gewonnen hat, die zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt und den Anschein erweckt, als treibe alles einer Krisis entgegen. Der Privatdiskont seit Wochen auf 6 Prozent, Ultimo-geld $8\frac{1}{4}$ Prozent am Ende März; Geld für Hypotheken auch zu drückendsten Bedingungen nicht aufzutreiben, die Schatzscheinemission Preußens ein eklatanter Mißerfolg, die Reichsbank nur mit Mühe imstande, den sechsprozentigen Zinsfuß festzuhalten: das sind Erscheinungen, welche der nächsten Zukunft ein schlimmes Prognostikon stellen.

Mitten in diese Zeit schwerster Geldsorgen fiel nun die Ankündigung der großen deutschen Wehrevorlage und der Milliardensteuer. Es ist begreiflich, daß schon die bloße Ankündigung eine tiefgehende Wirkung ausübt und daß man sich allenthalben die Frage vorlegte, ob eine solche finanzpolitische Maßregel in der gegenwärtigen Zeit ohne die schwerste Erschütterung des Wirtschaftslebens überhaupt durchführbar sei. Es ist in den letzten Wochen hierüber gar vielerlei geschrieben und debattiert worden. Nachdem anfänglich der Gedanke, die bedeutenden einmaligen Kosten der Heeresverstärkung durch eine allgemeine Besitzsteuer aufzubringen, eine sympathische Aufnahme gefunden hatte, sind allmählich auch absprechende Kritiken laut geworden, die freilich meist insofern

der festen Grundlage entbehrten, als ja der Plan der Reichsregierung nur in großen Umrissen bekannt war und sehr wichtige und entscheidende Einzelheiten sich der öffentlichen Kenntnis entzogen.

Nunmehr sind die Pläne der Regierung veröffentlicht; Kritik und Gegenkritik haben jetzt mit Recht das Wort. Es war politisch klug von der Regierung gehandelt, schnelle Arbeit zu machen und durch schnelle Veröffentlichung der Vorlagen dem hallosen Debattieren und Mörgeln, welches die ursprüngliche Freude des Entschlusses zu verkümmern drohte, den Boden zu entziehen. Es ist ein ungeheures Stück Arbeit, welches in diesen weitausgreifenden Vorlagen in unglaublich kurzer Zeit geleistet worden ist. Und man darf im voraus zusammenfassend sagen: ein Stück vorzügliche Arbeit. Wenn sonst die Steuervorlagen des Reichs zu berechtigten Bedenken und zu begründeter Kritik Anlaß gegeben haben, so wird dies angesichts dieser Vorlagen nur in verschwindendem Maße der Fall sein können. Vor allem aber vermag man nunmehr die voraussichtliche Rückwirkung dieser bedeutungsvollen Steueraktion auf die allgemeine Wirtschaftslage mit einiger Sicherheit abzuschätzen und die dagegen erhobenen Bedenken auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Um es kurz zu rekapitulieren, so sollen die einmaligen Ausgaben durch einen Wehrbeitrag von $\frac{1}{2}$ Prozent vom Vermögen, der nur die kleinen unter 10 000 Mark freiläßt und auch die Aktiengesellschaften trifft, gedeckt werden. Dabei ist für eine Heranziehung der großen Einkommen über 50 000 Mark, falls die Inhaber keine entsprechende Vermögenssteuer zu zahlen haben, Sorge getragen. Die laufenden Ausgaben werden, abgesehen von einer Hinausschiebung der Ermäßigung des Grundstücksstempels und der Zuckersteuer durch Umlage auf die Bundesstaaten aufgebracht, die ihrerseits diese Beträge im Wege der Besteuerung von Einkommen, Ertrag oder Vermögen decken müssen, ferner durch Übergang der Besteuerung der Gesellschaftsverträge und Versicherungen auf das Reich und endlich durch ein Erbrecht des Reiches, für das in den Grenzboten der unermüdliche Justizrat Bamberger gemeinsam mit dem Herausgeber schon seit Jahren eingetreten ist*). Es ist also der Gedanke, den Hauptteil der Kosten durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen zu bestreiten, festgehalten worden und man hat bei Deckung der laufenden Ausgaben darauf Bedacht genommen, daß die Hauptlast wiederum dem fundierten Besitz in Form von Einkommen-, Vermögens-, Vermögenszuwachssteuer zufällt und hat sich davor gehütet, neue Abgaben zu erfinden, die Handel und Verkehr mit neuen und schwer übersehbaren Lasten bedenken. Es ist hier nicht der Ort, die Einzelheiten der Steuervorlagen nach ihrer finanzpolitischen Bedeutung zu würdigen. Vermutlich wird sich ja an die Ausbildung des Systems der Matrikularbeiträge (der unseres Erachtens

*) Es sei auf die im Verlag der Grenzboten Berlin erschienene Schrift Bambergers „Das Erbrecht des Reichs“ 1913, Preis 50 Pfennige, verwiesen, die alle mit der neuen Steuer eng zusammenhängenden Fragen in leicht faßlicher Form darstellt. G. Cl.

in dieser Form der reichsgesetzlich vorgeschriebenen Deckung keine Bedenken entgegenstehen) manche Erörterung anknüpfen. Dagegen ist es am Platz, einen Blick auf die Tragweite der Vorlagen für das gesamte Wirtschaftsleben zu werfen.

Man hat den „mittelalterlichen“ Gedanken der einmaligen Vermögensabgabe heftig angegriffen und die „moderne“ Form der Anleihebedeckung als die einzig richtige bezeichnet, von der man sich auch durch die augenblickliche „Borgsachen“ und die Angst vor dem Kursrückgang der Reichsanleihe nicht sollte abhalten lassen. Bei dieser Argumentation tritt die deutsche Vorliebe des Theoretisierens wieder recht augenfällig zutage. Geht doch ein angesehener Nationalökonom soweit, es für Torheit zu erklären, wenn man die „gerechtere und zweckmäßigere“ Anleihebedeckung aus Angst vor einem Kurssturz vermeiden wolle; nicht etwa weil er einen solchen Kurssturz nicht befürchtet, sondern weil er meint, ein Kurssturz werde sich auch bei Steuerbedeckung nicht vermeiden lassen.

Man glaubt also im Kreise gewisser Theoretiker ernstlich, das Reich könne in der heutigen Zeit eine Anleihe von über eine Milliarde Mark an den Markt bringen! Und dies, wo einige Wochen zuvor 200 Millionen Schatzanweisungen (also nicht Rente) sich als unanbringlich erwiesen haben, weil für kurzfristige Kapitalanlagen auch allererster Qualität kein Geld vorhanden ist. Man glaubt an die Möglichkeit einer Anleiheemission, obwohl alle Kulturstaaen nur auf den Augenblick einer Erleichterung des Geldmarkts warten, um Milliardenbeträge von ihm zu heischen! Im Ernst wird man solche Anschauungen nicht verteidigen können. Geht man davon aus, daß diese bedeutenden Aufwendungen Deutschlands notwendig und zwar augenblicklich notwendig sind, so bleibt schlechterdings gar kein anderes Mittel übrig, als das, die erforderliche Summe im Besteuerungswege aufzubringen. Und diese Aufbringung durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen hat unleugbar etwas Großzügiges und Bestechendes. Veranlagungsschwierigkeiten im einzelnen mögen sich ergeben; sie sind aber dadurch gemindert, daß die Veranlagung selbst den Einzelstaaten überlassen ist.

Wichtig für unsere Betrachtung ist natürlich die Frage, ob die Aufbringung der Milliarde, sei es im Anleihewege, geeignet ist, das wirtschaftliche Gleichgewicht zu stören und einen nachteiligen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben auszuüben. Die Debatte hierüber ist freilich insofern müßig, als, wenn die politische Notwendigkeit der Aufbringung bejaht wird, man etwaige Störungen des Wirtschaftslebens mit in den Kauf nehmen müßte und nur darauf bedacht sein könnte, sie durch entsprechende Maßnahmen zu mildern. Indessen ist diese Befürchtung ganz unbegründet. Es sind die eigenmächtigen Ansichten über die mutmaßliche Wirkung dieser Milliardensteuer zutage getreten. Hauptsächlich wird damit argumentiert, daß durch diese Steuer

dem Land Kapital zu unproduktivem Zwecke entzogen und investiert werde, daß die „Kaufkraft“ des Publikums um den Betrag dieser Steuer, also um eine Milliarde geschwächt werde und daß also eine verderbliche Rückwirkung dieser „Kapitalentziehung“ und Schwächung der Kaufkraft unausbleiblich sei. Ein Professor der Staatswissenschaften hat sogar in apodiktischer Form das Axiom aufgestellt, daß jede produktive Ausgabe dahin tendiere, den Zinsfuß zu erniedrigen, den Konsofskurs zu steigern; daß aber jede unproduktive (also vornehmlich solche zu Militärzwecken) dahin tendiere, den Zinsfuß zu steigern und den Kurs zu erniedrigen. Von dieser Auffassung aus wird der Steuervorlage eine gleich verderbliche Wirkung auf den Geldmarkt und den Konsofskurs vorausgesagt.

Bei alledem handelt es sich um handgreifliche Trugschlüsse. Zunächst ist jenes Axiom des national-ökonomischen Professors grundfalsch und findet in den Tatsachen absolut keine Stütze. Nur eine Wechselwirkung zwischen Zinsfuß und Anleihekurs ist tatsächlich vorhanden, derart, daß bei teurerem Geldstand die Anleihekurse sinken und umgekehrt. Wo aber bleibt der Beweis dafür, daß produktive Anlagen den Zinsfuß erniedrigen? Jede Hochkonjunktur widerlegt diesen apodiktischen Satz auf das schlagendste. Denn jede Hochkonjunktur führt, wie oben gesagt, schließlich zu einer Geldteuerung, weil die produktiven Anlagen, die Erweiterungsbauten und Neugründungen der Industrie, den vorhandenen Kapitalvorrat übersteigen und weil die dringende Nachfrage nach Kapital den Wert desselben und damit den Zinsfuß erhöht. Für den letzteren ist eben allein das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage entscheidend, nicht der Verwendungszweck des Kapitals.

Nicht minder schief ist die Auffassung, als werde durch die Steuer Kapital investiert oder die Kaufkraft geschwächt. Um den letzten Einwand vorwegzunehmen, so ist doch offenbar, daß der angeblich verminderten Kaufkraft der Steuerzahler die vermehrte Kaufkraft des Reichs gegenübersteht. Die Milliarde, welche das Reich den Steuerzahlern entzieht, dient unmittelbar dem Zwecke, als Kaufsumme für die verschiedenartigsten Zwecke, von der Anschaffung von Armeematerial bis zur Beschaffung von Arbeitskraft in Form von Gehältern, auf dem Markte zu erscheinen. Es handelt sich also für die Volkswirtschaft nicht um eine Schwächung, sondern um eine Potenzierung der Kaufkraft dieser Summe. Und ebenso unrichtig ist die Auffassung, als werde dieses Kapital dem Verkehr oder der produktiven Anlage entzogen, um unproduktiv investiert zu werden. Man muß, um diese Frage richtig zu beurteilen, den Blick auf die Gesamtheit der Erscheinungen heften. Da steht es denn volkswirtschaftlich so, daß diese Steuer, mag sie sich auch eine Vermögenssteuer nennen und nach dem Vermögen erhoben werden, praktisch doch von dem Volkseinkommen gezahlt wird. Schätzungsweise beträgt unser jährlicher Kapitalzuwachs etwa vier Milliarden Mark. Das ist die Summe, welche zur produktiven Anlage und Thesaurierung jährlich verfügbar ist. Die Wirkung der Milliardensteuer wird also praktisch

die sein, daß im laufenden Jahr die Übersparung sich um ein Viertel vermindert. Dieses Viertel wird nun aber nicht im Kasten eingesperrt und der Volkswirtschaft entzogen, sondern es dient in der Hand des Staates dazu, Handel und Gewerbe zu unterstützen. Es findet also in der That produktive Verwendung und zwar auch in gesteigerter Form, weil die Zuführung so großer Summen dem gewerblichen Leben einen gesteigerten Ansporn verleihen wird.

Auf der anderen Seite wäre es freilich ebenso verkehrt, jede Rückwirkung einer so großen Abgabe auf den Geldmarkt zu leugnen. Es liegt ungefähr das gleiche Verhältnis vor wie bei einem starken Quartalstermin. Es wird dem Markt behufs Flüssigmachung der Summen für eine kurze Zeit Geld entzogen, welches ihm alsbald nachher wieder zufließt. Handelte es sich darum, den Milliardenbetrag auf einmal und auf einen bestimmten Termin aufzubringen, so könnte man wohl angesichts der augenblicklichen Lage des Geldmarktes Befürchtungen hegen. Allein das ist schon durch den Veranlagungs- und Erhebungsmodus ausgeschlossen. Es bleibt geraume Zeit, sich auf die Aufbringung dieser Summen einzurichten. Und diese Raten sind, verglichen mit den Bedürfnissen, welche unser Geldmarkt sonst auch in normalen Zeiten zu befriedigen hat, durchaus nicht so ungeheuerlich. Wird für ein außerordentliches Bedürfnis, etwa eine große ausländische Anleihe, vorgesorgt, so vollzieht sich die Geldbeschaffung meist ohne alle Schwierigkeiten. Der Zinsfuß steigt deshalb noch nicht um Bruchteile eines Prozents. Mit der Aufbringung dieser Steuerbeträge wird es nicht anders sein.

Wir dürfen also behaupten, daß die Befürchtungen, welche man im Hinblick auf diese außerordentliche Steuer zu erwecken und zu nähren versucht hat, in das Reich der Fabel gehören. Wir dürfen die Gewißheit haben, daß eine allgemeine Störung des Wirtschaftslebens von der Aufbringung dieser Steuer nicht zu besorgen ist.

Spectator

